

Kiel, 25.04.2008

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

**TOP 17, Große Anfrage Versorgung mit Postdienstleistungen in Schleswig-Holstein (Drucksache 16/1848)**

**Ralf Stegner:**

## **Wir wollen Wettbewerb über Qualität und Leistung, nicht Lohndumping**

In seiner Rede weist der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner, auf die generell starke Arbeitsverdichtung und den hohen Arbeitsplatzabbau bei der Post hin. Vor allem im Bereich der Zustellung wurde Wettbewerb nicht über Qualität, sondern über den Preis geführt: Bei den privaten Postdienstleistern sind 84 % des Personals geringfügig beschäftigt. Wenn sie keine zusätzlichen Arbeitsplätze haben, sind sie also auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen. Mit der Aufnahme in das Entsendegesetz wurde die Branche der Briefdienstleistungen vor einem Dumpingwettbewerb geschützt. Der Mindestlohn und sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung ist die Antwort auf die Frage nach der Gerechtigkeit. Marktöffnung muss und darf nicht mit Sozial- und Lohndumping einhergehen, so Stegner. Die Post ist gesetzlich verpflichtet, eine Mindestversorgung zu garantieren, auch wenn es sich teilweise betriebswirtschaftlich nicht rechnet. Hierfür wurden kreative Ideen umgesetzt. Wenn Wettbewerb nicht reguliert wird, geht er zu Lasten der Mehrheit der Menschen.

Die Rede im Wortlaut:

Zunächst einmal möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien danken. Ich weiß, wie viel Arbeit die Beantwortung gerade Großer Anfragen macht, möchte aber hinzufügen, dass dies gut investierte Zeit war.

Ich glaube, dass man beispielhaft an der Post sehen kann, was **freier Wettbewerb** bewirken kann und welche positiven Auswirkungen strikte Rahmenbedingungen haben können. Wir wollten wissen: Wie hat sich der verstärkte Wettbewerb auf die Beschäftigten ausgewirkt und welche Auswirkungen gab es für die Bevölkerung?

Lassen Sie mich zunächst auf den ersten Punkt eingehen:

Gute Übergangsregelungen und eine starke gewerkschaftliche Interessenvertretung bei der Post haben in der Regel mit dazu beigetragen, dass eine hohe Arbeitsplatzsicherheit und eine angemessenen Bezahlung erhalten werden konnten. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es natürlich auch hier generell zu einer **starken Arbeitsverdichtung und einem hohen Arbeitsplatzabbau** gekommen ist – der allerdings sozialverträglich abgewickelt wurde. Dies sollten wir zumindest weiter beobachten. Ich halte es für einen gesellschaftlichen Wahnsinn, immer weniger mit immer mehr Arbeit zu belasten und auf der anderen Seite viele von der Arbeit auszuschließen.

Der **Wettbewerb im Bereich der Zustellung** hat zu den bekannten und hier noch einmal ausführlich dargelegten schwierigen Folgen für die dort Beschäftigten geführt: Der Wettbewerb wurde weniger über Qualität, sondern über den Preis geführt. Bei den Mitbewerbern wurden überwiegend Löhne bezahlt, von denen man nicht leben kann. In den neuen Bundesländern lagen bzw. liegen die durchschnittlichen Stundenlöhne bei weniger als sechs Euro.

Die ersten Ergebnisse der Erhebungen für 2007 zeigen, dass die 27 privaten Postdienstleister in Schleswig-Holstein 140 Personen sozialversicherungspflichtig in

Vollzeit und 200 Personen sozialversicherungspflichtig in Teilzeit beschäftigen. 84 Prozent, immerhin über 1.800 Betroffene sind geringfügig beschäftigt.

Diese Menschen sind, wenn sie keine zusätzlichen Arbeitsplätze haben, auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen.

Die bisher **niedrigen Löhne bei den Wettbewerbern** (mit einem Stundenlohn von etwas über 7 Euro in Schleswig-Holstein) verschärfen die Situation noch. Wenn man sich ansieht, dass allein in Schleswig-Holstein im Januar 2007 über 30.000 Bedarfsgemeinschaften ihre Erwerbseinkommen mit Arbeitslosengeld II aufstocken mussten, ist dies durchaus Grund zur Besorgnis (bundesweit sind 738.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf ergänzende staatliche Unterstützung durch das Arbeitslosengeld II angewiesen).

Mit der Aufnahme in das Entsendegesetz Ende letzten Jahres wurde die Branche der Briefdienstleistungen in letzter Minute **vor einem Dumpingwettbewerb geschützt**. Auch die Wettbewerber der Deutschen Post müssen nun menschenwürdige Löhne zahlen.

Wir wollen Wettbewerb über Qualität und Leistung, nicht über Lohndumping! Der **Mindestlohn** ist ein Teil der Antwort auf die Frage nach der Gerechtigkeit, die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung ist ein anderer wichtiger Teil. Zu recht wurde daher dieser Bereich in das Entsendegesetz aufgenommen: Löhne generell so zu kalkulieren, dass der Staat etwas dazuzahlen muss, hat nichts mit Marktwirtschaft zu tun, das ist Misswirtschaft, meine Damen und Herren. Marktöffnung muss und darf nicht mit Sozial- und Lohndumping einhergehen, deshalb war die **Mindestlohnregelung für Postdienste richtig und notwendig**. Nun müssen wir darauf achten, dass der vereinbarte Mindestlohn nicht unterlaufen wird – wofür es leider bereits Hinweise gibt. Die Gründung und Finanzierung von Scheingewerkschaften ist kriminell.

Bernd Schröder hat bereits in der Debatte zum Tariftreuegesetz richtig gesagt: „An einem gesetzlichen Mindestlohn und an der Allgemeinverbindlichkeitserklärung weiterer Tarifverträge führt kein Weg vorbei, wenn wir Beschäftigte und die einheimische Wirtschaft weiterhin gegen Lohndumping schützen wollen.“ Dafür setzt sich die SPD ein und auch ich appelliere ausdrücklich an die CDU, hier die gleiche Einsicht wie beim Tariftreuegesetz zu zeigen. **20 von 27 europäischen Ländern haben einen Mindestlohn**, diejenigen, die ihn nicht haben, haben andere Wege gefunden, um zu einem faktischen Mindestlohn zu kommen: (z. B. generelle Allgemeinverbindlichkeitserklärungen oder ein hoher Organisationsgrad aufgrund der Bindung von Arbeitslosenversicherung an die Gewerkschaftsmitgliedschaft) – nur Deutschland nicht.

Das Institut für Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg hat den Niedriglohnsektor ausführlich untersucht. Insgesamt haben über 70% der Niedriglohnverdiener eine abgeschlossene Berufsausbildung, für über 45% sind es Vollzeitstellen und 3/4 befinden sich in einem Alter zwischen 25 und 54: Es geht nicht um Zuverdienste, es geht nicht um Übergangsjobs wie zum Beispiel in Dänemark oder in den Niederlanden, sondern es geht um eine ganz normale Arbeit – dafür sollte es auch **Löhne geben, die Existenz sichernd** sind, die ein eigenständige Leben ermöglichen ohne auf zusätzliche staatliche Leistungen angewiesen zu sein.

Hungerlöhne und prekäre Arbeitsverhältnisse sind für uns niemals akzeptabel. Menschen haben ein Recht auf einen **Lohn, von dem man leben kann!** Und, ich möchte zu bedenken geben: Die Hungerlöhne von heute sind die Hungerrenten von morgen. In beiden Fällen geht dies im Übrigen auch zu Lasten der kommunalen Kassen.

Lassen Sie mich nun zum zweiten Teil unserer großen Anfrage kommen:  
Welche Auswirkungen gab es für die Bevölkerung? Ich sehe da ein paar Parallelen zum Bereich öffentliche Banken und Sparkassen. Wer staatliche Privilegien genießt,

wie es die Post als Post-Universaldienstleister nach wie vor tut, muss sich auch anders verhalten, als es die reine betriebswirtschaftliche Berechnung gebieten würde.

Ich möchte zur Illustration aus einer dpa-Meldung vom 16.1. dieses Jahres zitieren:

„Nach dem Wegfall des Briefmonopols Anfang dieses Jahres soll nach den Vorstellungen Steinbrücks die Umsatzsteuerbefreiung nicht nur für die Post in vollem Umfang weiter gelten. Von dem Privileg sollen auch Post-Konkurrenten profitieren. Für die Umsatzsteuerbefreiung müssen sie jedoch flächendeckend alle Post-Universaldienste anbieten.“

Die Post muss, so wurde es auch gesetzlich festgehalten, **eine Mindestversorgung garantieren**, sie muss in der Fläche präsent sein, ortsnahe Dienstleistungen anbieten. Auch wenn es sich teilweise betriebswirtschaftlich nicht rechnet. Wir können dem Bericht entnehmen, dass die meisten Sorgen unberechtigt waren, aber auch, weil es harte Vorschriften gab, auch, weil es zudem eine Flexibilität, einen Ideenreichtum gab, wie die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann: Die Zusammenarbeit mit Markttreibern oder die Möglichkeit, bei der Briefträgerin oder dem Briefträger direkt auch andere Postdienstleistungen zu bekommen, seien nur beispielhaft erwähnt und besonders für den ländlichen Raum und die ältere Bevölkerung essentiell.

Wolfgang Thierse hat auf der Veranstaltung der SPD zur Erinnerung an die Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz folgendes gesagt: Demokratie ist kostbar, wir müssen aber zumindest Mindestanforderungen erfüllen.

Es tut unserem Land nicht gut, wenn wir Menschen oder Regionen ausgrenzen, abschreiben, oder ihnen erzählen, dass sie nicht gebraucht werden und uns dann wundern, welche Folgen das hat! Wettbewerb kann unzweifelhaft enorme Potentiale heben – wenn wir ihn aber nicht regulieren, geht es zu Lasten der Mehrheit der Menschen.

Wir haben die Mittel, etwas dagegen zu tun, und sollten uns nicht von falsch verstandenen ökonomischen Theorien davon abhalten lassen.